

Von Luzi Bernet und Andrea Kučera

«Meine Diplomaten ermahnen mich ständig, was ich sagen darf und was nicht»

Wirtschaftliche Perspektiven statt politischer Blockaden: Aussenminister Ignazio Cassis skizziert einen Plan für den Mittleren Osten. Und outet sich als Umweltschützer. Interview: Luzi Bernet, Andrea Kučera

NZZ am Sonntag: Herr Bundesrat, Sie sind ja ursprünglich Arzt. Wie lautet Ihre Diagnose zum Zustand der Weltordnung am Ende des WEF? Leicht erkältet oder unheilbar krank?

Ignazio Cassis: Der Welt geht es eigentlich besser als je. Es gab noch nie so wenig Armut und so viel Bildung wie heute. Das ist wichtig zu erwähnen, man darf nicht nur das Negative sehen. Das heisst aber nicht, dass wir in einer friedvollen Welt leben. Die Situation heute schafft viele Unsicherheiten: Der Multilateralismus ist nicht mehr ein einheitliches «westliches» System, es überlagern sich verschiedene Konzepte. Hinzu kommen der Handelsstreit USA-China und die instabile Lage im Mittleren Osten, für mich das grösste Problem derzeit.

Man hat den Eindruck, dass zunehmend jeder für sich schaut, Stichwort America first. Glauben Sie an die Wiederherstellung der alten Weltordnung, wie sie die deutsche Kanzlerin Angela Merkel in Davos skizziert hat?

Aussenpolitik war immer schon Interessenpolitik. Nur hat man dies eine Zeit lang nicht so explizit zu sagen gewagt. Heute stehen Staaten wie die USA wieder deutlich dafür ein, dass sie Interessenpolitik betreiben. Das ist legitim: Jedes Land schreibt schliesslich in seine Verfassung, dass es Aufgabe des Staates sei, die Interessen der Bevölkerung zu wahren.

Ist die Welt also einfach ehrlicher geworden?

Gewissermassen ja. Auch Staaten, welche dies nicht explizit benennen, verfolgen eigene Interessen. Was aber nicht bedeutet, dass man nur auf sich schaut. Interessenpolitik hört nicht an den Landesgrenzen auf. Interessenpolitik heisst auch, innerhalb der WTO ein multilaterales Regelwerk für den globalen Handel zu definieren. Aber es muss auf eine Win-win-Situation hinauslaufen.

Birgt die neue Unordnung auch Chancen für die Schweiz?

Jede Krise schafft neue Möglichkeiten. Die neutrale Schweiz positioniert sich seit Jahrzehnten als Land der guten Dienste, das in Konflikten vielfach auch die Interessen anderer Länder vertritt. Wir tun dies sehr klug, bescheiden und oft im Hintergrund. In einer multipolaren Welt könnte dies noch wichtiger werden.

Sie haben die Situation im Mittleren Osten angesprochen, die Sie stark beunruhigt. Was kann ein kleines Land wie die Schweiz hier ausrichten?

Wir bieten schon heute unsere guten Dienste an. So fanden etwa die Friedensgespräche zu Syrien in Genf statt. Und wir leisten humanitäre Hilfe vor Ort. Doch so lange es in Syrien keine langfristige Perspektive gibt, kehren die Millionen von Flüchtlingen in den Nachbarländern nicht zurück. Wir sind zwar keine Weltmacht wie die USA, aber wir sind durchaus eine ernstzunehmende Wirtschaftsmacht.

Was haben Sie vor?

Auf der politischen Schiene kommt man derzeit nicht weiter, der Friedensprozess der Uno ist ins Stocken geraten. Ich plädiere deshalb dafür, konkrete Schritte zu unternehmen, um wirtschaftliche Perspektiven zu schaffen, zum Beispiel indem man Startups unterstützt. Für die jungen Leute darf nicht im Vordergrund stehen, wer ihr Gegner ist, sondern wie ihr Wohlstand wachsen kann.

Die Schweiz allein kann wenig ausrichten.

Das stimmt. Deshalb sind wir daran, eine Koalition zu schmieden für den wirtschaftlichen Wiederaufbau im Mittleren Osten. Ich habe darüber am WEF mit der österreichischen Aussenministerin gesprochen, und wir werden das Thema nächste Woche bei ihrem Besuch in Bern vertiefen. Auch mit dem deutschen Aussenminister habe ich schon darüber gesprochen. Die Situation in der Region war zudem ein Thema bei einem früheren Treffen mit dem russischen Aussenminister Lawrow.

Ein Marshall-Plan für den Mittleren Osten?

So würde ich das nicht nennen. Aber wir arbeiten an einem Plan, wie die Wirtschaft im Mittleren Osten gestützt werden kann. Den Ländern ist am meisten geholfen, wenn sie Wirtschaftswachstum haben.

Ihr Programm am WEF war sehr global ausgerichtet: Sie haben unter anderem den äthiopischen Aussenminister und den Präsidenten Costa Ricas getroffen. Seitens der EU haben Sie nur mit Kommissar Johannes Hahn gesprochen. Was sagt das aus über die Beziehungen der Schweiz zur EU?

Es ist nicht so, dass wir nicht mit den Europäern sprechen, nur weil die Zukunft des Rahmenabkommens unsicher ist. Tatsache aber ist, dass es zum Rahmenabkommen mit EU-Vertretern derzeit kaum etwas zu besprechen gibt. Der Vertragsentwurf ist nun in der Hand des Volkes, nicht in der Hand der Regierung. Wir müssen abwarten, was die Konsultation bringt.

Aber ist es nicht so, dass der Bundesrat die aussenpolitische Abhängigkeit von der EU reduzieren will?

Wir wollen vor allem die wirtschaftliche Abhängigkeit reduzieren. Das ist aber nicht neu: Die Politik der Freihandelsabkommen ist seit Jahren darauf ausgerichtet, neue Zugänge zu wachsenden Märkten zu erschliessen. Wir müssen möglichst viele Türen öffnen, damit wir gewappnet sind, sollte eine der Türen sich schliessen.

Je globaler die Aussenpolitik der Schweiz wird, desto mehr hat man mit Staaten zu tun, die nicht die gleichen Werte teilen wie die Schweiz, zum Beispiel Saudiarabien.

Der Umgang mit solchen Ländern ist tatsächlich komplizierter als mit gleichgesinnten Staaten. Wenn beide Seiten einen ähnlichen religiösen Hintergrund haben und sich zu

säkularen Werten bekennen, versteht man sich leicht. Im Gespräch mit Ländern, wo diese Gemeinsamkeiten fehlen, nennen wir China oder den arabischen Raum, müssen wir die unterschiedlichen Kontexte berücksichtigen. Meine Diplomattinnen und Diplomaten ermahnen mich deshalb ständig, was ich sagen darf und was nicht.

Ein Reizthema im Umgang mit autokratischen Staaten sind auch die Menschenrechte. Nach bilateralen Treffen heisst es jeweils, die Menschenrechte seien angesprochen worden. Was heisst das konkret?

Ich erkläre zum Beispiel meinen Gesprächspartnern, dass wir über die Situation der Pressefreiheit, die Gender-Thematik und den Respekt der Minderheiten beunruhigt seien. Bevor ich auf die einzelnen Punkte eingehe, erinnere ich daran, dass es in einer freundschaftlichen Beziehung nötig sei, dass man auch Schwieriges anspreche.

Verkommt so das Ganze nicht zu einem nichtssagenden Ritual?

Auch Rituale bringen die Welt voran, denn steter Tropfen höhlt den Stein. Wenn jemand von allen Partnern, die sich den Menschenrechten verpflichtet fühlen, immer wieder das Gleiche hört, wird er dies irgendeinmal nicht mehr hören wollen und etwas ändern.

Bei China funktioniert das kaum. Das Land tritt unglaublich selbstbewusst auf.

Vor einem Jahr dachte ich auch so. Aber ich habe meine Meinung geändert: Die Situation bewegt sich, millimeterweise vielleicht, aber sie bewegt sich. Wir dürfen uns nicht als Sheriffs der Welt aufspielen. Aber wir können zum Beispiel fordern, dass Umwelt- und Arbeitsmarktfragen dazugehören, wenn wir Geschäfte mit anderen Ländern machen. Darum enthalten die Freihandelsabkommen der dritten Generation systematisch Umwelt- und Sozialmarktkapitel.

Stichwort Umweltschutz: In Sambia haben Sie Anfang Jahr eine umstrittene Kupfermine des Schweizer Glencore-Konzerns besucht und sich auf Twitter beeindruckt gezeigt. Bereuen Sie ihren Tweet?

Ich dachte mir, Transparenz über meine Arbeit zu schaffen, sei ein Weg, die Aussenpolitik besser in die Innenpolitik zu integrieren. Ich wollte ausdrücken, dass ich gut finde, was alles von Glencore gemacht wurde, um die Situation zu verbessern. Diese Aussage würde ich genau so wieder machen. Das Unternehmen hat 4,3 Milliarden Franken in die Mine investiert. Unter anderem wurde ein Ausbildungszentrum geschaffen, das exemplarisch ist für das südliche Afrika. Es ist noch nicht alles perfekt, aber es geht in die richtige Richtung. Ich habe einfach ausgedrückt, wie positiv überrascht ich bin. Den Rest haben die Medien gemacht.

Also alles eine Schuld der Medien?

Jetzt versuchen Sie mich aufs Glatteis zu führen, aber darauf gehe ich nicht ein.

Anders gefragt: Werden Sie künftig vorsichtiger sein beim Twittern?

Es fragt sich tatsächlich, ob sich der zeitliche Aufwand lohnt für eine offene Informationspolitik, wenn meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter danach tagelang absorbiert sind, um die Wogen zu glätten. Mein Ziel ist es, dass die Aussenpolitik im Inland diskutiert wird. Aber vielleicht haben wir die richtige Dosierung, die richtigen Kanäle für diesen Dialog noch nicht gefunden.

Der heimliche Star des WEF war Greta Thunberg, die 16-jährige schwedische Klimaaktivistin. Was halten Sie von ihr?

Sie ist eine Ikone der Umweltbewegung geworden. Es ist gut, dass sich die junge Generation für Umwelthanliegen starkmacht. Denn wir haben nur eine Erde, nicht drei.